

Yannick Steinbach · Hoffnungsthaler Str. 37 · 51503 Rösrath

An alle
Mitbürgerinnen und Mitbürger
der Stadt Rösrath



Yannick Steinbach

Fraktionsvorsitzender der Fraktion
ForsPark im Rat der Stadt Rösrath

M 0175 / 3600703
steinbach-yannick@web.de

Flüchtlingsunterkünfte Brander Str./Einwohnerfragen/Infoveranstaltung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich möchte zum historischen Verlauf des Geschehens, zu Ihren Einwohnerfragen, der heutigen Ratssitzung und der geplanten Infoveranstaltung einmal Stellung nehmen:

I.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung Planung und Verkehr vom 05.12.2023 befasste sich der Ausschuss in öffentlicher Sitzung mit dem besagten Grundstück an der Brander Straße hinter der Autobahnunterführung. Die Verwaltung wollte das Thema zunächst im nicht öffentlichen Teil beraten lassen. Wie Sie heute gesehen haben, müssen Besucher vorher den Saal verlassen. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde das Ganze dann per Beschluss in den öffentlichen Teil verlegt. Dieser war einstimmig.

Das hatte zum einen zur Konsequenz, dass Sie als Öffentlichkeit nicht vor der Sitzung in Kenntnis dieses Beratungspunktes waren aber immerhin die Presse dann darüber berichten konnte. Das tat sie dann auch am 09.12.23.

In der Sitzung des Ausschusses hat die Stadtverwaltung den Mitgliedern dargelegt, dass andere städtische Grundstücke nicht zur Verfügung stehen, um eine solche Anlage zu errichten.

Im Ausschuss wurde dann vereinbart, dass der Beschluss darüber, was wir auf dem Grundstück dort errichten, im Rat entschieden werden soll, der eine Woche später am 11.12.23 stattfand.

Es vergeht im Grunde keine Woche, in der uns als Kommune keine neuen Fluchtuchenden zugewiesen werden. Die Bürgermeisterin hat es heute in der Sitzung noch einmal betont: wir haben 282 Geflüchtete aus der Ukraine und 451 aus anderen Ländern im Stadtgebiet verteilt. Diese Menschen

bringen wir teils in Notzelten teils aber auch in Hotelzimmern unter. Letzteres ist für uns als Steuerzahler natürlich eine erhebliche Belastung.

In der Politik und der Verwaltung ist man insoweit einer Meinung, dass eine Unterbringung in Turnhallen, die letztlich zum Ausfall des Schul- und Vereinssports führt, dringend verhindert werden muss. Insofern ist die Schaffung neuer Unterkünfte unumgänglich.

Welche Unterkünfte dort geschaffen werden (Container oder Module) und wie viele Menschen dort untergebracht werden sollen, wurde dann im Rat am 11.12.23 diskutiert. Zu dieser Sitzung waren kaum Gäste anwesend.

Heute sagte ein Besucher der Sitzung, wir hätten das zügig durchgedrückt. Ja, es ist immer schöner, wenn man über wichtige Vorhaben rechtzeitig in Kenntnis gesetzt würde und sich dann entsprechend vorher bereits dazu äußern könnte. Hier kommt tatsächlich zum Tragen, dass das Thema nicht auf der Tagesordnung erkennbar war, weil es von der Verwaltung in den nicht öffentlichen Teil gesetzt wurde. Ehrlicherweise – und das können Sie für sich selbst aber noch besser beurteilen – werfen nur die allerwenigsten Einwohner einen Blick auf die Tagesordnungen, sodass die meisten Sitzungen nur sehr überschaubar besucht sind.

Nichts desto trotz ist der Vorwurf, wir hätten das im Rat zügig durchgedrückt, zurückzuweisen.

Die Ratssitzung war eine Sternstunde der Demokratie! Rund zwei Stunden lang hat der Rat nur über dieses eine Thema beraten. Es gab über 50 Redebeiträge. Während einer Sitzungsunterbrechung habe ich alle anwesenden Zuschauer gefragt, wie sie entscheiden würden, um mir die direkte Rückmeldung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu holen.

Insofern bleibt festzuhalten, die Vorlaufzeit war kurz, die Beratung im Ausschuss und im Rat hingegen erfolgte enorm sorgfältig.

Der Rat beschloss, dass das Baurecht für dieses Grundstück zu schaffen ist und dass dort Container für 72 Personen aufgestellt werden sollen. Die Module wären rund 50% teurer gewesen. Zur Debatte stand auch, mehr Personen dort unterzubringen.

In der Debatte war zu bemerken, dass sich das politisch linke Spektrum (SPD, Grüne, ZLR) eher für Module aussprach während wir, die ForsPark Wählerversammlung und die CDU mit Blick auf den Steuerzahler für Container waren. Die FDP wollte mischen.

Diejenigen, die bei dem Thema auf die AfD setzen, denen sei gesagt, dass die AfD Fraktion an der Sitzung nicht einmal teilgenommen hat.

Auch über die Anzahl, ob also nun 72 oder doppelt gar dreimal so viele Geflüchtete dort untergebracht werden sollen, wurde breit diskutiert und beraten.

Aufgrund der extremen Belastung für die Kommune musste aber ein Beschluss an diesem Abend herbeigeführt werden, so dass man sich auf das Minimum (72 Menschen) verständigte. Insofern sei hier festgehalten, dass das noch nicht aller Tage Abend sein könnte. Gleichwohl Ihre Reaktion als Bürger dieser Stadt die weiteren Beratungen natürlich beeinflussen.

Die Stadtverwaltung wurde noch einmal beauftragt nach weiteren Grundstücken zu suchen.

II.

Das besagte Grundstück befindet sich im sog. Außenbereich. Die Zulässigkeit von Bauvorhaben richtet sich da nach § 35 BauGB. § 246 Abs. 13 BauGB sieht eine Rechtsfolgenverweisen für Flüchtlingsunterkünfte vor. Diese können somit auch im Außenbereich errichtet werden. Die Verwaltung ist derzeit noch in dem Stadium, dort Baurecht zu schaffen. Es wurden noch keine Container bestellt.

Allerdings liegt der Beschluss des Rates, der das vorsieht, vor.

Bei der Abwägung der möglichen Plätze für eine solche Unterkunft ist meine Fraktion aber auch klar der Meinung, dass ein solches Vorhaben ja nicht mitten im Zentrum eines Stadtteils realisiert werden kann. Der Außenbereich ist nach unserem Dafürhalten der richtige Platz.

III.

Einige Bürgerinnen und Bürger haben sich des Instrumentariums der Einwohnerfragen bedient. Die Geschäftsordnung des Rates sieht vor, dass eine Frage und eine Zusatzfrage gestellt werden dürfen. Danach waren etliche Eingaben schon keine Einwohnerfragen mehr im Sinne der Geschäftsordnung, weil zu viele Fragen formuliert wurden.

Politisch bin ich der Meinung, dass man im Falle von Gemeinschaftsanfragen (etwa 10 Unterzeichner) auch mehr Fragen zu lassen sollte. Die Geschäftsordnung ist da nicht sehr bürgerfreundlich.

Politik und Verwaltung haben am vergangenen Mittwoch im Fraktionsrat (ein nicht öffentliches Gremium der Fraktionsspitzen und dem Verwaltungsvorstand zur Beratung der Vorgehensweise) darüber beraten, wie wir mit den Einwohnerfragen umgehen.

Die Geschäftsordnung hätte vorgesehen, dass die Frage verlesen wird und anschließend die Antwort. Sie hätten dann nicht mehr zu Wort kommen

dürfen. Nach Auffassung aller Beteiligten war das nicht das, was Sie sich wünschen. Zudem war die Vielzahl der Fragen nach Aussagen der Verwaltung auch nicht so zügig beantwortbar.

Wir waren alle der Meinung, dass eine Infoveranstaltung oder nennen Sie sie auch gern Bürgerversammlung, die bessere Plattform ist. Dort treten wir in den Dialog ein. Dort können Sie all Ihre Fragen loswerden. Nicht zwischen Tür und Angel, nicht zwischen anderen Tagesordnungspunkten.

Meine Fraktion wird dort ebenfalls vor Ort sein. Meiner Fraktion ist der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt sehr wichtig. In den Bezirken, in denen wir einen Stadtrat stellen, machen wir bei den wichtigen Entscheidungen v o r h e r Umfragen bei den Anwohnern.

Und hier ist auch der Haken der Bürgerversammlung: Ihr Informationsbedürfnis kann dort sicherlich geschlossen werden. Der Beschluss des Rates wird dadurch nicht aufgehoben.

IV.

Als ich eben im Bürgerforum in den Raum rief, dass Sie dort alle zu Wort kommen können, rief mir einer entgegen, dass Sie entscheiden wollen. Ich kann dieses Bedürfnis gut nachvollziehen, allerdings haben Sie alle bei der letzten Kommunalwahl ja Ihre Vertreter in den Rat gewählt, die die Entscheidungen, die innerhalb einer Ratsperiode anfallen, für Sie entscheiden sollen.

Die Gemeindeordnung kennt nur ein Instrumentarium, um einen Ratsbeschluss durch die Bevölkerung zu ersetzen: Das Bürgerbegehren, § 26 GO NRW.

In Ihrem Falle richtete sich ein Begehren gegen einen bestehenden Ratsbeschluss, sodass das Verfahren nach § 26 Abs. 3 einschlägig wäre. Sie müssten also innerhalb von drei Monaten das Bürgerbegehren einreichen. Damit es zulässig ist, muss es von 8% der Bürger unterzeichnet sein. Das sind ungefähr 1.900 Unterschriften. Dann ist aber nur das Verfahren eröffnet. Wenn genügend Unterschriften zusammenkommen, käme es zu einer Sonntagswahl, zu der alle Rösrather aufgerufen wären.

Ansonsten bleibt es bei der Entscheidung des Rates.

V.

Klarstellend betone ich noch einmal, dass die neuen Container nicht dafür sorgen, dass uns noch mehr Geflüchtete zugewiesen werden. Also nicht über die normale Zuweisung hinaus. Die Verwaltung hat es in der Hand, wen wir dort unterbringen. Selbstredend sollten dort nur Leute untergebracht

werden, von denen ein integriertes Verhalten erwartet werden kann, um etwaige Sicherheitsrisiken zu minimieren.

VI.

Erlauben Sie mir an der Stelle noch einen kleinen Hinweis in eigener Sache, weil vermutlich nicht jeder etwas mit unserer Wählervereinigung anfangen kann, da wir bei der letzten Kommunalwahl aufgrund der kurzfristigen Gründung auch nicht in jedem Wahlbezirk zur Wahl standen.

Wir sind bei der Kommunalwahl als viertstärkste Kraft in den Rat gewählt worden. Dort haben wir die gleichen Rechte und Pflichten wie die Parteienamen, die Sie aus der Bundespolitik kennen.

Ich stehe Ihnen für weitere Rückfragen und Anregungen gern zur Verfügung und hoffe, dass ich ein kleinwenig zur Aufklärung beitragen konnte.

Herzliche Grüße
Ihr Stadtrat



Yannick Steinbach
Fraktionsvorsitzender ForsPark